

„Von Atomausstieg kann keine Rede sein“

Ein Interview mit dem Anti-Atomkraft-Aktivist Matthias Eickhoff (SofA)

Matthias Eickhoff ist seit 25 Jahren in der Anti-Atomkraft-Bewegung aktiv und Mitorganisator der internationalen Urankonferenz, die am 4. Februar 2012 in Münster stattfinden soll. (GWR-Red.)

GWR: Wie bist Du in die Anti-Atomkraft-Bewegung gekommen? Was hat Dich dazu veranlasst, aktiv zu werden, und wann war das?

Matthias: Das war im Frühjahr 1986, die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Das hat große Auswirkungen gehabt. Ich komme ursprünglich aus Hamm, wo damals noch der sogenannte Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR) in Betrieb war. Eine Woche nach Tschernobyl hat es dort auch einen schweren Störfall gegeben, der von den Betreibern und der damaligen SPD-Landesregierung mehrere Wochen lang vertuscht wurde. Als das dann an die Öffentlichkeit kam, war sehr viel los in Hamm. Das hat mich dazu motiviert, in der Anti-Atom-Bewegung aktiv zu werden, und seitdem bin ich immer noch dabei.

Wie man 2011 deutlich sehen konnte, ist es immer noch wichtig, auf der Straße aktiv zu sein. **Und auch recht erfolgreich.**

Wer hätte denn vor einem Jahr gedacht, dass die Anti-Atomkraft-Bewegung durchsetzen kann, dass jetzt immerhin 8 von den 17 deutschen AKWs abgeschaltet wurden und bis 2022 die restlichen folgen sollen. Aber „Ausstieg“ ist dafür nicht der richtige Begriff, weil jedes AKW, das am Netz ist, eine große Gefahr für alle Menschen im Umkreis und weit darüber hinaus ist. Deshalb ist es verantwortungslos, weiterhin Atomanlagen zu betreiben. Wir hier in NRW und im benachbarten Niedersachsen leben in Regionen, die von diesem „Atomausstieg“, der überall gefeiert wird, nicht profitieren. Wir sind betrogene Regionen. Wir haben immer noch die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau, das AKW in Lingen, die Brennelementefertigung in Lingen für den Weltmarkt, das AKW Grohnde an der Weser, und im benachbarten Belgien ist das AKW Tihange, das jetzt auch mit Demonstrationen in die Schlagzeilen kommt. Das heißt also, hier ist der Weg noch weit. Da gibt es keinen Grund, sich zurückzulehnen.

Du bist SofA-Aktivist. Was ist SofA für eine Gruppe? Wie ist sie entstanden? Was macht eure Arbeit aus?

Wie der Name schon sagt – *Sofortiger Atomausstieg* – geben wir uns nicht zufrieden mit so einem halben Atomausstieg oder „Atomausstieg light“. Wir sind nicht der Meinung, dass es O.K. ist, Atomanlagen 10, 11, 12 Jahre oder noch länger zu betreiben. Wir sind auch nicht der Meinung, dass es O.K. ist, wenn deutsche Atomkonzerne wie RWE oder EON woanders AKWs bauen, weil sie das hier nicht mehr durchsetzen können.

Wir sind eine offene Gruppe, sehr gemischt, uns gibt es seit 2005, seit den Castor-Transporten von Dresden-Rossendorf nach Ahaus. Wir sind aus der *WigA* (Widerstand gegen Atomanlagen) hervorgegangen, sind nicht nur im Münsterland aktiv und haben im Frühjahr auch die Fukushima-Mahnwachen mit bis zu 2.000 TeilnehmerInnen und die Großdemo in Münster am 28. Mai mit ca. 7.000 Teil-

nehmerInnen zusammen mit einem regionalen Netzwerk auf die Beine gestellt.

In den nächsten Monaten steht einiges an. Kannst Du dazu etwas erzählen?

Wir sind mit zwei großen Projekten beschäftigt: zum einen die Stilllegung der UAA in Gronau. Um das mal zu verdeutlichen: Die Urananreicherung in Gronau wird von der Firma Urenco betrieben, die gehört wiederum zu einem Drittel RWE und EON, der Rest gehört dem britischen und niederländischen Staat. Das Gesamtunternehmen beliefert mehr als ein Viertel des Weltmarktes mit angereichertem Uran für Brennelementproduktion. Allein aus Gronau kann jedes 10. AKW weltweit mit Uranbrennstoff beliefert werden. Das ist Wahnsinn! Die haben in Gronau eine unbegrenzte Betriebsgenehmigung – von Atomausstieg also überhaupt keine Rede, noch nicht einmal begrenzt. Da wollen wir ansetzen. Deshalb werden wir am 4. Februar 2012 in Münster eine internationale Urankonferenz veranstalten. Weitere Infos dazu gibt es auf der Konferenz-Website.¹ Fünf Wochen später wird es zum 1. Jahrestag des Beginns der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März eine Großdemo vor der UAA in Gronau geben, weil wir sowohl RWE und EON als auch der Landes- und Bundesregierung klarmachen wollen, dass Urananreicherung keinen Platz mehr hat und die UAA sofort stillgelegt werden muss.

Aktuell haben wir noch eine Baustelle dazu bekommen: Da sollen 152 Castor-Behälter per LKW über die Autobahn von Jülich, das liegt bei Aachen, ins Brennelemente-Zwischenlager (BEZ) in Ahaus gebracht werden. Jülich ist einer der wichtigsten Atomforschungszentren in Westdeutschland gewesen. Die sind immer noch ganz scharf drauf, vor allem Hochtemperatur-Reaktoren in alle Welt zu exportieren, z.B. nach China. Gleichzeitig möchten sie aber ihren Atommüll loswerden, weil sie den dann doch lieber nicht auf ihrem Hof herumliegen haben wollen. Da soll Ahaus jetzt her. Bundesumweltminister Norbert Röttgen ist der Kutscher. Dagegen wollen wir 2012 massiv vorgehen, weil wir denken, dass man das noch stoppen kann.

2011 haben Hunderttausende für einen sofortigen Atomausstieg demonstriert. In vielen Städten gab es Mahnwachen. Wie beurteilst Du, dass viele nun aber sagen: „Wir haben doch jetzt den Atomausstieg“? Würdest Du sagen, der von den Parteien verkündete „Ausstieg“ ist eine Mogelpackung? Du hast es ja angesprochen: Die Stilllegung von 8 AKWs ist real. Das ist ein großer Erfolg, und da geht auch kein Weg zurück. Der Punkt ist: Alles andere ist erst einmal auf Papier beschlossen, aber solange die jeweilige Atomanlage nicht stillgelegt worden ist, solange die Energiekonzerne nicht real aufgelöst worden sind, solange kann man der Sache nicht trauen. Man hat das ja in den letzten 10 Jahren gesehen, da hatten wir



Matthias Eickhoff

Foto: privat

ja schon mal die Situation, dass uns von vielen Seiten gesagt wurde, gerade von den Grünen und der SPD, dass schon alles beschlossen sei und wir nichts mehr machen müssten. Wir haben erlebt, dass Papier geduldig ist und dass man sich darauf nicht verlassen darf. Und bis zur Stilllegung des letzten AKWs nach den jetzigen Gesetzen sind noch 11 Jahre hin. Da liegen noch drei Bundestagswahlen dazwischen, da könnte noch alles revidiert werden. Die Energiekonzerne werden sicher in ein paar Jahren genau das wieder versuchen. Zum anderen findet immer noch Ausbau statt. In Gronau ist die UAA weiter ausgebaut worden,

es wird dort jetzt ein riesiges Uranmüllzwischenlager gebaut für 60.000 Tonnen Uranoxid. Die Bundesregierung vergibt weiter Kredite, damit z.B. in Brasilien AKWs gebaut werden. Im September 2011 hat sie eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für das brasilianische AKW Angra 3 um sechs Monate verlängert [siehe Artikel auf dieser Seite]. Sie plant weitere Bürgschaften für AKW-Bauten in Großbritannien, Finnland, China und in einem Erdbebengebiet in Indien. Das kann man nicht als Atomausstieg bezeichnen. Das ist eine Verlagerung. Die Energiekonzerne werden bestimmt nicht kleinbegeben. EON will in Finnland bauen, RWE in den

Niederlanden, beide zusammen in Großbritannien, die haben gar nichts gelernt.

Wie siehst Du die Möglichkeiten der Anti-Atomkraft-Bewegungen weltweit, auch angesichts des Super-GAUs in Fukushima? Würdest Du sagen, dass eine stärkere Vernetzung stattfindet? Oder stagniert das eher? Wie können wir z.B. Gruppen in anderen Ländern unterstützen?

Ich denke, dass sich in vielen Ländern, in denen Atomenergie früher nicht gerade kontrovers diskutiert worden ist, auch und gerade in Japan, die Situation deutlich wandelt. Man hat immer versucht, Tschernobyl abzutun: „Das war in der Sowjetunion, das war technisch nicht

ausgereift. Aber in Japan oder anderen Hochtechnologieländern kann so etwas nicht passieren.“

Auch in Frankreich erlebt man jetzt eine Renaissance der Anti-Atom-Bewegung, wo das auch in den Präsidentschaftswahlkampf mit hinein kommen wird. Es gibt auch eine verstärkte Kooperation mit belgischen Anti-Atomkraft-Initiativen, gegen das AKW Tihange an der Maas. Oder auch Kooperationen zur Verhinderung eines ersten Atomkraftwerks in Polen und des AKW-Neubaus im niederländischen Borssele an der Scheldemündung.

Es ist wichtig, dass grenzüberschreitend zusammen gearbeitet wird. Radioaktivität stoppt nicht an der Grenze. Und die Atomkonzerne arbeiten auch international. Da ist Bedarf, unsere Kooperationen weiter auszubauen. Ich denke, dass sich da wesentlich mehr tut, als man es noch vor ein paar Jahren erwarten konnte.

Ein Schlusswort?

Ich kann nur alle einladen: Kommt ins Münsterland. Beteiligt Euch an den Protesten gegen die Castor-Transporte und gegen die Urananreicherung. Hier können wir wirklich die Stilllegung einer international wichtigen Atomanlage durchsetzen. Wenn wir das schaffen, wird der Atomausstieg wieder ein Stück handfester. Lehnt Euch nicht zurück, sondern kommt mit und bleibt auf der Straße.

Interview: Bernd Drücke

Weitere Infos:
www.urankonferenz2012.de
www.sofa-ms.de www.urantransport.de
www.kein-castor-nach-ahaus.de

Angra 3 und die deutschen Atom-Nazis

Während die Morde der Stiefel-Nazis berechtigterweise momentan für viel Aufmerksamkeit und Entsetzen sorgen, wird die jahrzehntelange Zusammenarbeit von Nadelstreifen-Nazis mit Militärregimes und den deutschen Bundesregierungen beim Export von Atombomben-Know how nur wenig beachtet. Das ist bedauerlich. Denn die Bewegung gegen die Hermesbürgschaften für das brasilianische Atomkraftwerk Angra 3 könnte ihre atomkraftkritische Argumentation um die Darstellung einiger zusätzlicher Zusammenhänge und Argumente erweitern.

Nicht nur die beiden liberalen Außenminister Genscher und Westerwelle waren bzw. sind in den Nukleardeal mit Brasilien involviert, sondern die Ursprünge dieser Kooperation gehen in die Zeit des Faschismus zurück. Bereits am 10. und 11. August 1944 berieten führende Naziwissenschaftler und Wirtschaftsführer, wie angesichts der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg die Atom- und Raketenforschung sowie Finanz- und Machtmittel in die neue Zeit hinübergerettet werden könnten.

Mehr als 500 Millionen Dollar von der SS in Konzentrationslagern geraubte Devisen, Gold und Diamanten wurden mobilisiert, um den Wissenschaftlern einen neuen Start zu ermöglichen. Beteiligt waren Karl Winnacker, NS-Generaldirektor der berühmten IG-Farben und späterer Freund Genschers und Mitglied im deutschen Atomforum. Und der ehemalige SA-Mann Wilhelm Groth, später Professor und Arbeitsgruppen-

leiter der Kernforschungsanlage Jülich.

Der brasilianische Admiral und Physiker Avaro Alberto knüpfte 1946 und 1953 Kontakte mit deutschen Stellen, um für sein Land die begehrte nukleare Technologie zu erwerben. Da die Atomforschung nach 1945 nur unter strengen Auflagen der Alliierten erfolgen konnte, war Professor Groth froh, dass der spendable Admiral 1955 80.000 Dollar auf das Konto des Instituts für Physik und Chemie der Uni Bonn überwies.

Die Finanzierung der ersten drei Uranzentrifugen war gesichert. Sie wurden in Westdeutschland an verschiedenen Orten gebaut und sollten still und heimlich nach Brasilien geschafft werden.

Dazu kam es zunächst nicht, weil sie vom alliierten „Military Board of Security“ beschlagnahmt wurden. Erst später, während der Amtszeit des Bundesministers für Atomfragen, Franz-Josef Strauß, gelangten die Uranzentrifugen nach Bra-

silien. In der mit dieser Sache befassten, von Strauß eingesetzten Atomkommission saß der oben erwähnte Karl Winnacker.

Während der 1960er und 70er Jahre wurde die in der Nazizeit begonnene nukleare deutsch-brasilianische Kooperation in den Kernforschungszentren Jülich und Karlsruhe fortgesetzt. Der Urenco-Ableger Urant forscht im Kernforschungszentrum Jülich 1971 mit finanzieller Hilfe des Wissenschaftsministeriums an der Brennstoffversorgung für AKWs (und damit auch für Atombomben).

Kurze Zeit später standen 1972 in Jülich sechzig Offiziere der brasilianischen Militärdiktatur auf der Matte und ließen sich die vielfältigen Möglichkeiten der Verwendung von Uranzentrifugen genauer erklären.

Drei Jahre später unterschrieben Bundesaußenminister Genscher und sein brasilianischer Amtskollege den deutsch-brasilianischen Atomvertrag, der acht Reaktoren, Urananreicherung und Wiederaufarbeitung umfasste.

Die 1976 erfolgte Kreditabsicherung durch bundesdeutsche Hermesbürgschaften sind diejenigen Bürgschaften, um deren Verlängerung und Erneuerung es heute geht.

Der Bau des umstrittenen Atomkraftwerks Angra 3 wurde 1986

eingestellt und die Einzelteile wurden tropengeschützt verpackt und für 15 Millionen Euro jährlich eingelagert.

Mit Hilfe deutscher Hermesbürgschaften sollen sie jetzt wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt werden.

Das alles wurde eingefädelt durch den deutschen Außenminister Westerwelle, der 2010 in Brasilien zu Besuch war.

Die siebenjährige rotgrüne Episode zwischen den FDP-Außenministern Genscher, Kinkel und Westerwelle hat den nuklearliberalen Bestrebungen keinerlei Abbruch getan. Der grüne Außenminister Joseph Fischer blockierte während seiner Amtszeit jedes konsequente Vorgehen, das die Nuklearvereinbarungen zurücknehmen wollte.

Bei Angra 3 und dem deutsch-brasilianischen Atomdeal geht es nicht nur um berechnete Sicherheitsbedenken, Erdbebengefährdung oder eine verfehlte Energiepolitik, sondern auch um die Vorbereitung für Atombombenbau und deutsche historische Kontinuitäten aus der Zeit des Faschismus bis in die heutige Zeit hinein. Wenn im Januar 2012 die Entscheidung in Sachen Hermesbürgschaften für Angra 3 fällt, sollte dies nicht vergessen werden.

Horst Blume

Weitere Infos: THTR-Rundbrief Nr. 132;
www.reaktorpleite.de www.urgewald.de